

**LESERMEINUNGEN**

**Biobauern und Gasschussanlagen**

In Planken redet die Bevölkerung von «kriegsähnlichen» Zuständen, wenn man den Begriff Gasschussanlagen in den Mund nimmt.

Vor gut acht Wochen haben die Bauern Gasschussanlagen montiert und auch eingesetzt. Anfangs haben diese Anlagen rund um die Uhr geschossen. Erst als die Gemeinden auf die Nachtruhe verwiesen haben, haben verschiedene Bauern ihre Anlagen umprogrammiert, dass nur noch tagsüber geschossen wird. Einige wenige hatten keine Einsicht und schon morgens um 5.15 Uhr geschossen. Eine dieser Anlagen wurde beschlagnahmt.

Bis vor zwei Jahren haben die Bauern andere Methoden angewandt, um die Raben von ihren Feldern zu verjagen. Seit zwei Jahren werden im Lande Liechtenstein Gasschussanlagen eingesetzt. Schon einmal hat die Gemeinde Planken interveniert und das «Knallen» hat aufgehört. Jetzt gibt es ca. sechs Anlagen im Riet, unterhalb von Planken.

Gemäss Aussage des Amtes gibt es keine rechtliche Grundlage, Gasschussanlagen zu verbieten. Ausserdem sei es Gemeindegeld und man könne nur auf die Nachtruhe verweisen. Die Gemeinde Planken ist der Meinung, dass solche Gasschussanlagen verboten gehören, da bis zu 95 dB Lärm erzeugt wird. Gemäss Schweizerische Vogelwarte Sempach belaufen sich die Verluste im Ackerbau durch Raben auf weniger als 1 Prozent (nachzulesen im Merkblatt für die Vogelschutzpraxis: Rabenvogel). Zudem ist im gleichen Bericht aufgeführt, welche Alternativen es zu Gasschussanlagen gibt. Der Bevölkerung von Planken ist es ein echtes Bedürfnis, dass diese Anlagen verboten werden und nächstes Jahr wieder Ruhe einkehrt.

Die Aussage von Regierungsrat Dr. Alois Ospelt ist nicht richtig, dass sich bisher niemand beschwert hat. Die Gemeinde Planken intervenierte beim Amt für Umweltschutz, beim Amt für Landwirtschaftsamt, beim Amt für Wald, Natur und Landschaft und auch bei diversen Gemeinden. Demnächst wird die Gemeinde Planken die beteiligten Parteien einladen, um Alternativen zu diesen Gasschussanlagen zu finden. Viele aus der Plankner Bevölkerung haben sich über die Gasschussanlagen beschwert, da diese an sieben Tagen in der Woche eingesetzt werden. Die Gemeinde Planken wird nicht einfach zusehen (zuhören) – sondern handeln!

Gaston Jehle,  
Gemeindevorsteher Planken

**«Gott sei Dank EU-Verfassung nicht im Namen Gottes»**

Aus welchen Gründen auch immer die Erwähnung Gottes und die christliche Tradition in der neuen EU-Verfassung unterblieb, da wurde uns zum Glück die Kodifizierung einer Heuchelei erspart.

Wo immer der Name Gottes oder das C in Verfassungen oder Parteiprogrammen steht, steckt dahinter ein autoritäres – und damit unchristliches Gottesverständnis. Es sind in der Regel jene Gruppen, die die Reichen bevorzugen und gerade derzeit in unseren Ländern Sozialabbau betreiben und sich gegenüber Flüchtlingen unbarmherzig zeigen. Und auch die Kirche(n) haben durch die Jahrhunderte den Geist Christi verraten, auch wenn sie im Namen Christi Macht ausübten, ja gerade deshalb.

Als Christen sollten wir deshalb dankbar sein, dass solch ein ungläubwürdiges Firmenschild dem neuen Europa erspart blieb. Das I.N.R.I. stand einmal über dem Kreuz und dem Gekreuzigten – es passt nicht zur üblichen Macht- und Konkurrenzpolitik. Sollte einmal der Geist der Bergpredigt in die Politik – auch in die Kirchenpolitik – einziehen, dann mag das im Namen Christi auch öffentlich aufscheinen.

Vorläufig mag es genügen, auch ohne plakative Parolen in seinem Namen zu handeln.  
Hans Jaquemar, Rüttigass 35, Nendeln

# Triesen ist Energiestadt

Auszeichnung für vorbildliche kommunale Energiepolitik

**TRIESEN – 111 Ortschaften in der Schweiz von A wie Aadorf bis Z wie Zürich und seit neustem auch Triesen, bilden den illustren Kreis, der im Rahmen des Programms Energie Schweiz zertifizierten Energiestädte.**

Triesen ist damit die erste Gemeinde Liechtensteins, die eine Auszeichnung für ihre vorbildliche kommunale Energiepolitik erhält und berechtigt ist, das Label «Energiestadt» zu führen.

Für ihre nachweisbaren und vorbildlichen Resultate in der kommunalen Energiepolitik hat der Trägerverein Energiestadt, ein Partner des Programms Energie Schweiz, der Gemeinde Triesen am 8. Juni das Label «Energiestadt» verliehen. Damit konnte ein rund einjähriger Prozess zur Erlangung des anerkannten Zertifikats erfolgreich abgeschlossen werden. Die feierliche Übergabe des Labels an die erste liechtensteinische Energiestadt erfolgt am 24. September aus den Händen von Regierungsrat Hansjörg Frick.

Triesen, das sich seit wenigen Tagen «Energiestadt» nennen darf, setzt schon seit Jahren mit gezielten energiepolitischen Massnahmen auf einen bewussten Umgang mit der Umwelt, auf sparsamen Verbrauch von Energie und auf gezielten Einsatz alternativer Energieträger. Um den eingeschlagenen Weg konsequent, ergebnisorientiert und koordiniert weiter zu verfolgen, hat sich der Triesener Gemeinderat im



Triesen wurde mit dem Markenzeichen «Energiestadt» ausgezeichnet.

März letzten Jahres für eine Teilnahme beim Programm Energie-Schweiz entschieden. Energiestadt kann eine Gemeinde nur dann werden; wenn hohe Leistungen auf dem Gebiet umweltfreundlicher Energiepolitik bereits erbracht wurden und sich die Behörden gleichzeitig auf eine energiefreundliche

Politik für die kommenden Jahre festlegen. «Energiestadt» ist somit nicht nur ein Markenzeichen, sondern ein umfassender Prozess, der die Gemeinde über verschiedene Stufen zum Label «Energiestadt» und damit langfristig zu einer nachhaltigen kommunalen Energiepolitik führt. Gemeindevorsteher Xaver

Hoch sieht das Erreichen des Labels als Auszeichnung und Auftrag zugleich: «Wir freuen uns darüber, dass unsere bisherigen Massnahmen Anerkennung finden und werden den Weg der nachhaltigen Energiepolitik im Rahmen unserer Möglichkeiten gezielt weiterverfolgen.»  
Gemeinde Triesen

## Studie und Sensibilisierungskampagne

Grenzen überschreiten, Grenzen setzen gegen Gewalt in Familie und Partnerschaft

**VADUZ – Die Liechtensteinische Regierung arbeitet seit zwei Jahren im Rahmen des Interreg III A-Programms (Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein) gemeinsam mit Vorarlberg und dem Kanton Graubünden an einem länderübergreifenden Projekt gegen Gewalt in Familie und Partnerschaft. Das Projekt wurde mit EU-Strukturmitteln gefördert.**

So wurde erstmals eine repräsentative, länderübergreifende Datenerhebung zu diesem Thema durchgeführt und die Ursachen, Erscheinungsformen und Folgen von familiärer Gewalt untersucht. Dabei wurde auch erhoben, welche Hilfsstrukturen und -einrichtungen die betroffenen Frauen brauchen und annehmen können. Die Studie lieferte wichtige empirische Daten und wurde im Dezember letzten Jahres einem Fachpublikum präsentiert.

Parallel dazu wurde mit Inseraten und Plakaten auf dieses Thema aufmerksam gemacht, um mehr Sensibilität zu schaffen. Über eine Hotline sowie über eine Website und eine Info-Broschüre konnten betroffene Frauen sich über Hilfs- und Unterstützungsmöglichkeiten informieren.

**Leitfaden für Angehörige**

Da auch Angehörige und Freunde von Gewaltopfern einer schwierigen Situation und grossen Belastungen ausgesetzt sind, hat Liechtenstein gemeinsam mit Graubünden und Vorarlberg den Leitfaden «Wie kann ich helfen?» herausgebracht. Die Broschüre soll motivieren, bei Auffälligkeiten im familiä-



Gewalt gegen Frauen in Ehe und Partnerschaft

Wie kann ich helfen?

Leitfaden für Angehörige  
Verwandte, FreundInnen, Bekannte  
NachbarInnen, KollegInnen ...

Gewalt hat kein Zuhause.  
www.gewalthatkeinzuhaus.ch

Die liechtensteinische Regierung arbeitet seit zwei Jahren im Rahmen des Interreg Projektes gegen Gewalt in Familie und Partnerschaft.

ren oder beruflichen Umfeld genauer hinzuschauen und zu reagieren. Sie gibt auch Ratschläge, wie reagiert und gehandelt werden kann und wie die emotionale Belastung des «Mitwissens» besser verkraftbar ist.

Der Leitfaden wird in Arztpraxen, Frauenorganisationen, Landes- und Gemeindeverwaltungen, Beratungsstellen und Kindergärten aufgelegt.

**Notfallkarten**

Angst vor mehr Gewalt, finanzielle Abhängigkeit, Scham oder das Nichtwissen, wohin sie sich wenden können, sind einige der Gründe, die Frauen davon abhalten, den gesetzlichen Schutz und die bestehenden Hilfsangebote in Anspruch zu nehmen. Eine Notfallkarte mit den wichtigsten Adressen soll nun den Zugang zu professioneller Hilfe und Unterstützung erleichtern. Die Notfallkarte wurde in acht Sprachen übersetzt, um auch für Migrantinnen ohne ausreichende Deutschkenntnisse verständlich zu sein. Aufgelegt werden die Notfallkarten in Arztpraxen, Ämtern und verschiedenen Beratungsstellen. Im gesamten Projekt arbeiteten die Gleichstellungsstellen der drei Länder mit den Frauenhäusern beziehungsweise Interventionsstellen eng zusammen.

Alle Unterlagen und Informationen zum Interreg III Projekt «Grenzen überschreiten – Grenzen setzen» sowie der neue Leitfaden sind unter der Telefonnummer 236 60 60 oder unter info@gsb.li beim Gleichstellungsbüro, Bernadette Kubik-Risch, Aulestr. 51, 9490 Vaduz erhältlich.  
(paf)